



## Postulat 301

Eingang Stadtkanzlei: 30. November 2015

### Beitritt Pakt für Ernährungssicherheit

Gemäss UNO werden in 30 Jahren über 6 Milliarden Menschen in der Stadt wohnen. Diese Entwicklung stellt die Politik vor grosse Herausforderungen. So stellt sich beispielsweise die Frage, wie Städte in Zukunft sicherstellen können, dass ihre Bevölkerung Zugang zu Lebensmitteln erhält. An der Weltausstellung in Mailand haben dieses Jahr Städte aus der ganzen Welt den von der Mailänder Stadtverwaltung initiierten Pakt für Ernährungssicherheit („Milan Urban Food Policy Pact“) unterzeichnet.<sup>1</sup> Durch einen Beitritt verpflichtet sich eine Stadt, ihre Versorgung mit Nahrungsmitteln kritisch zu hinterfragen. Die Versorgung wird dabei auf diverse Kriterien wie Produktion, Verarbeitung und Verteilung von Nahrungsmitteln überprüft und allenfalls optimiert. Die Ziele des Pakts bestehen darin, die Bevölkerung in den Städten zukünftig nachhaltig zu versorgen, indem unter anderem die Produktion und Verteilung von Lebensmitteln lokaler Anbieter unterstützt, die Selbstversorgung gefördert oder die Verschwendung von Ressourcen verhindert wird.<sup>2</sup>

Weltweit sind bereits über 100 Städte dem Pakt beigetreten, aus der Schweiz Basel, Genf, Lugano und Zürich. Die Erfahrungen der Stadt Basel sind äusserst positiv: „Mit der Unterzeichnung des ‚Urban Food Policy Pact‘ engagiert sich der Kanton Basel-Stadt für eine nachhaltige Gestaltung des lokalen Ernährungssystems. Wir übernehmen damit Verantwortung für heutige und zukünftige Generationen und setzen uns für Lebensqualität ein.“<sup>3</sup>

Auch für die Luzerner Bevölkerung und die kommenden Generationen ist eine nachhaltige Ernährungspolitik von höchster Relevanz. Vor diesem Hintergrund wird der Stadtrat erstens gebeten, die Unterzeichnung des „Milan Urban Food Policy Pact“ (MUFPP) zu prüfen. Zweitens wird er gebeten, auf der Grundlage des MUFPP eine nachhaltige Ernährungsstrategie zu erarbeiten, die unter anderem aufzeigt, wie bestehende Projekte in diesem Bereich von Stadt, Privat- und Zivilgesellschaft vernetzt werden können. Schliesslich wird er drittens aufgefordert, bei Aktivitäten, die sich aus dem Pakt bzw. aus dem Austausch mit Städten, die ebenfalls dem Pakt beigetreten sind, ergeben, eine Beteiligung der Stadt Luzern zu prüfen.

Noëlle Bucher und Ali R. Celik  
namens der G/JG-Fraktion

<sup>1</sup> Vgl. dazu <http://www.foodpolicymilano.org/en/urban-food-policy-pact-2/>

<sup>2</sup> Vgl. dazu auch Artikel 104 der Bundesverfassung

<sup>3</sup> Vgl. dazu <http://www.bs.ch/news/2015-10-29-mm-64412.html>